

Brockmeier Rechtsanwaltsgesellschaft mbB · Marktplatz 8 · 48431 Rheine

**Staatsanwaltschaft Berlin**  
**-Zentralstelle Hasskriminalität-**  
Turmstr. 211  
10679 Berlin

**Alexander Brockmeier**  
Rechtsanwalt

**Kontakt:**  
Marktplatz 8, 48431 Rheine  
Tel.: 05971 / 958 9174

**kanzlei@hass-im-netz-beenden.de**  
**www.hass-im-netz-beenden.de**

**Bankverbindung:**  
Stadtsparkasse Rheine  
IBAN: DE95 4035 0005 0000 0671 08  
BIC: WELADED1RHE

Bitte stets angeben  
286/24-AB

Rückfragen an:  
Alexander Brockmeier

Rheine, den  
5. Februar 2024

**Spahn MdB ./ Staatsanwaltschaft Berlin,**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir vertreten die rechtlichen Interessen von Herrn Jens Spahn MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin (ladungsfähige Anschrift). Unsere ordnungsgemäße Bevollmächtigung ist dem beigefügten Sammelstrafantrag zu entnehmen.

Eine unserer Mandantschaft namentlich nicht näher bekannte Person postete auf der Internetplattform Twitter mit dem Accountnamen „[REDACTED]“ folgenden Text:

Über das Posting der beschuldigten Person konnten wir bereits folgende Informationen der Internetplattform entnehmen:

Plattform: Twitter  
Uhrzeit/Tag: 14.11.2023 um [REDACTED] (CET)  
Post-ID: [REDACTED]  
Account-Handle: [REDACTED]  
URL des Postings: [REDACTED]

Einen Screenshot des Postings fügen wir in der Anlage bei.

Namens und in Vollmacht unserer Mandantschaft stellen wir aufgrund des vorstehenden Postings

**Strafantrag**

wegen der in Betracht kommenden Straftatbestände der Beleidigung, der übeln Nachrede und der Verleumdung (§ 185 ff. StGB). Darüber hinaus erstatten wir wegen sämtlicher in Betracht kommender Delikte **Strafanzeige**.

Der beigefügte „Sammel-Strafantrag“ wurde von unserer Mandantschaft unterzeichnet und wird zusammen mit diesem Schreiben an Sie übersandt. Eine Kopie des Sammel-Strafantrags ist diesem Schreiben ebenfalls angefügt. Das **Schriftformerfordernis ist mithin gewahrt**.

Die **erstmalige Kenntnisnahme** unserer Mandantschaft von dem streitgegenständlichen Posting können Sie dem Strafantrag entnehmen.

Ferner beantragen wir namens und in Vollmacht unserer Mandantschaft

**Akteneinsicht**

zwecks Durchsetzung zivilrechtlicher Ansprüche, sofern der Beschuldigte und dessen Personalien ermittelt werden konnten. Der Auslagenpauschalbetrag wird selbstverständlich beglichen.

Wir bitten Sie abschließend, uns über das Ermittlungsverfahren auf dem Laufenden zu halten. Sollten Sie noch Fragen zum geschilderten Sachverhalt haben oder weitere Unterlagen benötigen, so können Sie sich gerne mit uns in Verbindung setzen.

Ebenso bitten wir darum, den Zeugenfragebogen direkt dem Unterzeichner zukommen zulassen.

Mit freundlichen Grüßen

Alexander Brockmeier  
Rechtsanwalt

Sehr geehrte Damen und Herren Staatsanwälte,

in Bezug auf von mir gestellte Strafanträge wegen Beleidigungen und ähnlichen Straftagbeständen gebe ich ergänzend folgende Erklärung ab:

Ich nutze die Plattform X (ehemals Twitter), um dort Inhalte zu veröffentlichen, die politische Äußerungen oder Kommentierungen des Zeitgeschehens beinhalten können. Hierbei habe ich eine Followerschaft von mittlerweile über 270.000 Nutzern aufgebaut, die meinem Profil folgen und auf meine Inhalte reagieren. Nicht selten sind darunter Tweets mit tausenden oder sogar zehntausenden Reaktionen, was dazu führt, dass ich einzelne Reaktionen nicht im Auge behalten kann.

Es dürfte selbstverständlich sein, dass es angesichts dieses hohen Volumens nicht realistisch ist, alle Tweets unmittelbar in Echtzeit zur Kenntnis zu nehmen. Wenn nicht auf dem Strafantrag anders vermerkt, folgt daraus, dass ich zu dem Zeitpunkt von den Äußerungen Kenntnis erlangt habe, die auf dem Strafantrag vermerkt ist. In Fällen, in denen ich bereits vor der Stellung des Strafantrags von den Äußerungen Kenntnis erlangt habe, habe ich jeweils auf dem Strafantrag explizit vermerkt. Andernfalls lag nach bestem Wissen und Gewissen bis zur Vorlage und Durchsicht des Sammelstrafantrags keine Kenntnis der entsprechenden Äußerungen vor.

Ich bitte Sie deshalb darum, die tatsächliche Kenntnisnahme für die Berechnung der Frist zum Stellen der Strafanträge zu berücksichtigen. Da ein Negativbeweis, etwas bis zu einem gewissen Zeitpunkt noch nicht gesehen zu haben, epistemologisch kaum möglich sein dürfte, bleibt mir an dieser Stelle nur diese Erklärung. Sollten von Ihrer Seite Zweifel am Zeitpunkt der Kenntnisnahme bestehen, sehe ich der Übersendung der jeweiligen Ansatzpunkte oder Indizien entgegen.

Mit bestem Dank und freundlichen Grüßen

18.01.24

Datum, Unterschrift

## Strafantrag wegen Beleidigung

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit stelle ich, Jens Spahn MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin (ladungsfähige Anschrift), als Geschädigter Strafantrag wegen der nachfolgend aufgeführten Beleidigungen. **Die Beleidigungen wurden mir am 28.1.24 vorgelegt. Zuvor habe ich keine Kenntnis von den Postings gehabt.** Den Strafantrag stelle ich insbesondere im Hinblick auf die verwirklichten Straftatbestände der § 185 bis § 188 StGB. Im Übrigen erstatte ich Strafanzeige wegen sämtlicher in Betracht kommender Delikte.

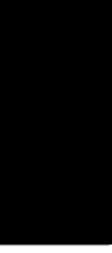
Zugleich bevollmächtige ich die Brockmeier Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, Markplatz 8, 48431 Rheine mit der Durchsetzung meiner rechtlichen Interessen in den nachstehenden Angelegenheiten. Ich erteile sowohl Prozessvollmacht gemäß § 81 ff ZPO, §§ 302, 374 StPO als auch Vollmacht zur außergerichtlichen Vertretung. Diese Vollmacht erstreckt sich insbesondere auf folgende Befugnisse:

1. Abgabe und Entgegennahme von Willenserklärungen und Vornahme einseitiger Rechtsgeschäfte, insbesondere Begründung und Aufhebung von Vertragsverhältnissen.
2. Entgegennahme von Zustellungen und sonstigen Mitteilungen, Einlegung und Rücknahme von Rechtsmitteln sowie Verzicht auf solche, Erhebung und Rücknahme von Widerklagen.
3. Beseitigung des Rechtsstreits durch Vergleich, Verzicht oder Anerkenntnis.
4. Geltendmachung von Ansprüchen gegen Schädiger und Akteneinsicht.
5. Empfangnahme und Freigabe von Geld, Wertsachen, Urkunden und Sicherheiten, insbesondere des Streitgegenstandes, von Kautionen, Entschädigungen und der vom Gegner, von der Justizkasse oder anderen Stellen zu erstattenden Kosten und notwendigen Auslagen.
6. Übertragung der Vollmacht ganz oder teilweise auf andere.
7. Strafanträge zu stellen und zurückzunehmen sowie die Zustimmung gemäß §§ 153 und 153 a StPO zu erteilen.
8. Alle Nebenverfahren, z. B. Arrest und einstweilige Verfügung, Kostenfestsetzung, Zwangsvollstreckung einschließlich der aus ihr erwachsenden besonderen Verfahren, Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung und Hinterlegungsverfahren.

Kostenerstattungsansprüche und sonstige Ansprüche des Auftraggebers gegenüber dem Gegner, der Justizkasse oder anderen erstattungspflichtigen Dritten werden in Höhe der Kostenansprüche der beauftragten Anwälte an diese abgetreten. Der mit der Vollstreckung beauftragte Obergerichtsvollzieher wird gebeten, die eingezogenen Beträge an die Bevollmächtigten auszuzahlen.

Beleidigung 28.1.24

Ort, Datum

Unterschrift:  Spahn MdB

279 /24

280 /24

281 /24

282 /24

283 /24

284 /24

285 /24

286 /24

287 /24

288 /24

289 /24

290 /24

291 /24 @jensspahn

Paraphe Jens Spahn MdB